

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompatibilität ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 14. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Lloyd George als Ankläger.

Aus den heftigen Angriffen Lloyd Georges im Unterhaus gegen die französische Politik in Oberschlesien werden durch W.B. folgende weitere Einzelheiten mitgeteilt:

Polen habe geschichtlich kein Recht auf Schlesien. Der einzige Anspruch, den es auf ganz Schlesien oder einen Teil davon haben könnte, wäre, daß sich dort eine überwältigende polnische Bevölkerung befände, die verhältnismäßig kürzlich dorthin kam, um in den Bergwerken zu arbeiten oder zu anderen Zwecken.

vollkommene Verhöhnung des Versailler Vertrages

Lloyd George fuhr fort: Die eine Hälfte von Polen, die auf Seiten der Alliierten kämpfte, wurde durch die andere Hälfte entkräftet. Wenn die Alliierten von den Polen, die auf ihrer Seite kämpften, abhängig gewesen wären, so würde Polen heute entweder eine deutsche oder österreichische Provinz sein.

Polen hat seine Freiheit nicht selbst gewonnen.

Unter diesen Umständen müßte es vor allen Dingen jedes Komma des Vertrages achten. Jetzt, da Deutschland durch das Vorgehen der Alliierten entwaffnet und hilflos ist, sagt Lloyd, es wolle für Oberschlesien sogar gegen den Vertrag kämpfen.

Lloyd George schrie weiter aus, das Einzige, was er voraussetzen wolle, sei, daß im Hinblick auf den Vertrag von Versailles Gewalt nicht weniger und die Ehre und der Kredit Deutschlands und die Anerkennung seiner Verpflichtung weit mehr ins Gewicht fallen werde.

Waret Ihr damals ebenso hartnäckig?

Lloyd George erklärte feierlich, für England und die Alliierten handele es sich nicht bloß um eine Angelegenheit ihrer Ehre, obwohl das sicherlich nicht unterschätzt werden dürfe, es sei eine Angelegenheit ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe, zu zeigen, daß sie am Verträge festhielten, möge er für sie oder gegen sie sprechen.

Lloyd George schloß seine Rede mit der Erklärung, man müsse unparteiisch urteilen mit strengem Sinn für Gerechtigkeit, sei es für oder gegen die Deutschen. Es gebe zwei Wege, um die Lage zu behandeln. Der eine sei, daß die alliierten Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung sorgten.

wird, oder sie sollten den Deutschen gefallen, dafür zu sorgen. Deutschland zu sagen, hier ist Eure Provinz.

hier ist etwas, worüber durch den Versailler Vertrag entschieden werden soll, entweder für oder gegen Euch; den Polen aber soll es erlaubt sein, in Verhöhnung des Vertrages sie wegzunehmen, und Euch soll es nicht erlaubt sein, Euch selbst in der Provinz zu verteidigen, welche zweihundert Jahre lang die Eure gewesen ist, wäre schimpflich und der Ehre eines Landes unwürdig.

Englische Befürchtungen.

London, 14. Mai. Reuter teilt mit: hier besteht der ernste Eindruck, daß die polnische Regierung bei der Erfüllung ihrer Verpflichtung, die Grenze nach Oberschlesien zu schließen, verjagt habe. Wie verlautet, sind deshalb weitere Vorstellungen bei Polen erhoben worden.

Der peinliche Eindruck in Frankreich.

Paris, 15. Mai. (W.B.) Philippe Millet veröffentlicht aus Anlaß der gestrigen Rede Lloyd Georges einen heftigen Artikel im „Pest Parisien“. Lloyd George habe recht, wenn er die genaueste Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles verlange.

Poincarés Mißvergnügen.

Paris, 13. Mai. (W.B.) Raymond Poincaré schreibt in der Revue des Deux Mondes, die Londoner Konferenz habe leider weder die Hoffnungen Briands noch die seinigen (Poincarés) erfüllt. Die neuen Opfer, die Frankreich gebracht habe, seien nur bei genauerem Studium der Dokumente erkennbar.

Zur Rede Lloyd Georges.

Die große Bedeutung der gestrigen Rede Lloyd Georges im Unterhaus über die oberschlesische Frage wird auch von unserer nationalpolitischen Presse anerkannt. Die „Tägliche Rundschau“ bringt den Bericht über sie unter der Überschrift „Bedeutungsvolle Erklärungen Lloyd Georges über Oberschlesien“.

Diese Ausführungen des englischen Premiers sind deshalb besonders interessant, weil er in einem Augenblick, in dem sich die Franzosen offen auf die Seite der Polen stellen, Worte der Gerechtigkeit für Deutschland findet. Man soll diese Worte natürlich nicht überschätzen, denn bisher haben sich bei allen Differenzen die Franzosen noch immer stärker als die Engländer erwiesen.

Wir haben schon heute morgen gemahnt, die Bedeutung der Rede Lloyd Georges nicht zu überschätzen. So gewiß sie nicht hätte gehalten werden können, wenn Deutschland das Ultimatum abgelehnt hätte, so gewiß sie eine Erleichterung unserer Lage und damit einen Erfolg der von der Sozialdemokratie eingeleiteten Politik darstellt, so bedeutet sie noch keine endgültige Entscheidung.

So klar es auch ist, daß die Interalliierte Kommission infolge ihrer inneren Spaltung nicht imstande ist, den polnischen Aufruhr niederzukämpfen, so steht ihr doch noch immer völkerrechtlich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu.

Es darf weiter nicht übersehen werden, daß auch Lloyd George nicht für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien eintritt, sondern für eine Teilung des Landes zwischen Deutschland und Polen. Der Streit zwischen den Alliierten geht nur darum, wie diese Teilung erfolgen soll.

Der englische Premierminister erklärt in seiner Rede: Es gibt keinen Grund, warum die Alliierten etwas dagegen haben sollten, daß Deutschland seine Streitkräfte gebraucht, um in seiner eigenen Provinz die Ordnung herzustellen.

Diese Auffassung wird in Deutschland ohne weiteres als richtig anerkannt werden. Und ebenso auch die, daß die Korfanty-Wirtschaft aus Oberschlesien ein Chaos macht, von dem weder Polen noch Deutschland, noch Europa etwas hat. Lloyd George kann aber eben nur für England sprechen, das auf dem europäischen Kontinent die erste Geige eben nicht spielt.

zung der Lage in den wichtigsten Zentren der Grubenreviere stattfinden.

Die Interalliierte Kommission hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmassnahmen angeordnet, um die Lücken wieder auszufüllen, die in der Polize durch den Abgang polnischer Elemente entstanden sind. Sie hat dadurch der Bevölkerung die Beruhigung verschafft, die sie wünschte.

Von irgendeiner der Interalliierten Kommission für Oberschlesien von auherhalb zu leistenden Hilfe kann nicht die Rede sein. Geringfügige Hilfe ist ihm.

Der Gegensatz zwischen Lloyd George und Briand liegt also offen zutage. Der eine hält den Einsatz deutscher Streitkräfte in Oberschlesien für „fair play“, der andere sagt, von ihm könne gar nicht die Rede sein. Dieser Gegensatz muß innerhalb der Interalliierten Kommission ausgetragen werden, und bis dahin muß Deutschland — so schwer es auch fällt, den Leiden der ober-schlesischen Bevölkerung zuzusehen — G e m e i n e bei Fuß stehen. Es wird aber erlaubt sein zu sagen, daß die Entscheidung in positivem Sinne nicht aufgeschoben werden darf, wenn nicht noch mehr Unheil entstehen und nicht zugleich das Ansehen Englands auf dem Kontinent einen vernichtenden Schlag erhalten soll. Lloyd George sagt, er hoffe, daß England für seinen Standpunkt bis zuletzt einstehen werde. Es ist uns erlaubt, uns dieser Hoffnung anzuschließen.

Vielleicht kann diese Hoffnung verkräftet sein. Aber auch dann bleibt das Wort des englischen Premierministers bestehen, daß England in Oberschlesien „vollendete Tatsachen“ nicht anerkennen werde. Niemand wird sich wundern, wenn Deutschland für sich dieser Erklärung mit vollem Herzen beiträgt. Und bestehen bleibt die Tatsache, daß der Vorkriegs-England das Wort „Gerechtigkeit für Deutschland“ in die Welt hinausgerufen hat. Es wird weiterklingen, und ihm Flügel zu verleihen, muß die Aufgabe der deutschen Politik sein.

In französischen Blättern haben wir zu Napoleons hundertstem Todestage sein berühmtes Wort zitiert gefunden: „Es gibt nur zwei Mächte in der Welt: den Säbel und die Idee. Am Ende hat sich aber die Idee stets als die stärkere erwiesen.“ Auch das entwaffnete Deutschland ist nicht wehrlos, den Säbel hat man ihm aus der Hand geschlagen, die Idee kann man ihm nicht nehmen. Wir wollen in Oberschlesien und überall in der Welt Gerechtigkeit für Deutschland und nichts als sie!

Korfantys wahres Gesicht.

Paris, 14. Mai. (CP.) Korfanty erklärte dem Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“, er habe die Möglichkeit und Verantwortlichkeit eines Krieges mit Deutschland wohl erwogen, bevor er den Zustand der Polen in Oberschlesien ausführte. Korfanty drückte aus seine Absicht aus, das von den Polen besetzte Gebiet nicht mehr freizugeben. Die Aufständischen zählten jetzt 100 000 Mann, die nötigenfalls auf 300 000 Mann erhöht werden könnten. Im Falle einer Niederlage würden sie sich nicht zurückziehen, ohne die Kohlengruben, die Fabriken und die Hochöfen vollständig zerstört zu haben. Die Vorbereitungen hierzu seien schon getroffen.

Diese Erklärungen Korfantys enthalten zwar nichts Neues über Korfantys Politik, deren Charakter aus den bisherigen Vorgängen in Oberschlesien hinreichend bekannt war; sie enthüllen jedoch mit einer unglaublichen Offenheit den Zynismus Korfantys, mit dem er brutal und schamlos seinen Feldzug in Oberschlesien durchführt. Von größter Bedeutung ist das Eingeständnis Korfantys, er habe noch vor Beginn des polnischen Aufstandes in Oberschlesien mit einem Krieg gegen Deutschland gerechnet; hätte sich Korfanty nicht von vornherein der französischen Hilfe sicher gefühlt, so hätte er es nicht wagen können, mit einer noch so starken Zahl von Insurgenten den Krieg gegen Deutschland, der nach dem Friedensvertrag in Wirk-

lichkeit ein Krieg gegen die Entente ist, zu entfesseln. Von kommunistischer Seite wurde bekanntlich behauptet, der ober-schlesische Aufstand richte sich in gleicher Weise gegen die Deutschen wie die polnischen Kohlenmagnaten und Bergherren. Korfantys schamlose Drohung, er werde vor seinem Abzug Kohlengruben, Fabriken und Hochöfen vollständig zerstören, ja, er habe hierzu bereits die Vorbereitungen getroffen, wird auch dem letzten deutschen Arbeiter zeigen, wie die Dinge in Oberschlesien stehen. Jedoch auch die polnische Arbeiterschaft, die bisher durch Arbeit in den ober-schlesischen Hütten ihr kärgliches Brot fand, muß nach diesen Äußerungen Korfantys klar erkennen, für welche Zwecke sie mißbraucht werden soll. Gefänge es Korfanty, seine Pläne in Oberschlesien zu verwirklichen, so wären die unumgänglichen Folgen Arbeitslosigkeit und Elend unter der ober-schlesischen Arbeiterschaft von einem Umfang, von dem man sich im Augenblick überhaupt keine Vorstellung machen kann. Korfantys Ausführungen verdienen in weitesten deutschen und polnischen Kreisen bekannt zu werden, weil sie auf das eindeutigste Klarheit darüber schaffen, wohin der Weg in Oberschlesien führt.

Der geschäftstüchtige Vorkriegs.

Breslau, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gegen die „Entwässerung“ der „Roten Fahne“, die durch das Geständnis des polnischen Agenten wie die Mitteilungen des Reichsministeriums erledigt sind, wendet sich heute mit ergänzendem Material die „Breslauer Volkswacht“. Sie stellt fest, daß die angeblichen Befehle aus dem Reichswehrministerium zur Ermordung Korfantys usw. bereits vor vielen Monaten nach der Ermordung des Korfanty-Begners Ujpyla von der polnischen und einem Teil der französischen Presse in wesentlich derselben Form gebracht worden sind. Schon damals ist der Nachweis der Fälschung gelungen. Die polnischen Spitzel haben also demnach dasselbe Material, das sie bereits nacheinander an die Polen und Franzosen verkauft hatten, jetzt noch einmal sich von Moskau bezahlen lassen!

Die doppelte Gefahr.

Breslau, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Breslauer Volkswacht“ weist darauf hin, daß nur die einmütige Befolgung der sozialdemokratischen Parolen durch die Arbeiterschaft, wie sie gestern eine schlesische Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Breslau ausgab, vor der doppelten Gefahr retten könne, die Schlesien bedroht: der Gefahr eines Krieges mit Polen auf der einen Seite, oder der nicht geringeren Gefahr, den bedrängten deutschen Arbeitern in Oberschlesien in den Rücken zu fallen oder sie preiszugeben, auf der anderen Seite. Die schlesische Arbeiterschaft lehnt es auf das entschiedenste ab, sich in das Schlepptau der kommunistischen „Arbeiterpolitik“ zu begeben.

Reichsregierung und USP.

Die „Freiheit“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Morgenausgabe eine Kundgebung des Zentralkomitees der USPD zur politischen Lage. Die Kundgebung ist in verhältnismäßig ruhigem Ton gehalten, wendet sich aber mit scharfer Schärfe gegen die Sozialdemokratie, der wiederum zum Vorwurf gemacht wird, daß sie nicht mit den Unabhängigen zusammen eine rein sozialistische Regierung gebildet habe. Der „Vorwärts“ hat bereits in einem Artikel auseinandergesetzt, warum eine solche Regierung beim besten Willen nicht möglich war und sich auch nicht einen Tag gegen die bürgerliche Reichstagsmehrheit halten könnten. Erstmalig jedoch geht der Aufruf der USPD an diesen Gründen ganz und gar vorbei, offenbar weil er sie nicht widerlegen kann. Sehr schwach ist auch, was der Aufruf sagt, um die Ablehnung des sozialdemokratischen Angebots durch die USPD zu verteidigen, eine gemeinsame Regierung aus Zentrum, SPD und USPD zu bilden. In einer bürgerlichen Regierung, so behauptet die Kundgebung, seien die Sozialisten stets die Schwächeren und würden nur von den Kapitalisten mißbraucht. Das

Die Große Berliner Kunstausstellung.

Am Lehrter Bahnhof ist heute mittag die große Kunstschau eröffnet worden. In 30 Sälen, Zimmern und Kojen vereinigt sie dieses Jahr Arbeiten des Vereins Berliner Künstler, der Freien Sezession, der Novembergruppe und des Bundes deutscher Architekten — im ganzen gegen anderthalbtausend Nummern. Der Ehrensaal ist dem Gedächtnis Max Klinger gewidmet und als Glanzpunkt soll hier der „Christus im Olymp“ paradiere, der aber noch nicht eingetroffen ist. Daneben erscheint die Kunst der Bühnendekoration und die Kunst des Porzellans in gesonderten Abteilungen; Theaterfiguren und Szenenbilder in Saal 15, neueste Erzeugnisse der staatlichen Berliner Porzellanmanufaktur in Saal 11.

Der Charakter der einzelnen Ausstellungsgruppen zeigt im wesentlichen das bekannte Gepräge. Im Verein Berliner Künstler, der einzelne sehr gute Säle zusammengestellt hat, macht sich unter dem Einfluß der Jüngsten eine kräftigere Farbenreueigkeit bemerkbar, so daß man nicht mehr allzu stark geblendet wird, wenn man aus dem konservativen Ost- in den revolutionären Westflügel hinüberwechselt. In diesem erscheint die Freie Sezession als die Vertreterin eines bereits geschichteten Bestes: sie zeigt Arbeiten anerkannter Meister des In- und Auslandes, darunter auch sehr interessante französische Werke. Die Novembergruppe ist der Klampfen der Stürmer und Dränger geblieben, durch geschickte Anordnung ist es ihr aber gelungen, den Eindruck des Chaotischen zu vermeiden, auch hat sie diesmal verständigerweise allen dadaistischen Ull angeschrieben. Ein kleiner gedruckter „Führer“, den sie den Besuchern ihrer Säle zur Verfügung stellt, soll widerstrebende Gemüter befähigen und das Zurechtfinden auf den neuesten Kunstpfaden erleichtern. Die architektonische Abteilung, die sonst vom großen Publikum gemieden zu werden pflegt, bietet diesmal zwei starke Anziehungspunkte: Die phantastischen Arbeiten der Allergünstigen und die Entwürfe zu deutschen „Volkswohnungen“.

Auf Einzelheiten der Ausstellung werde ich noch ausführlicher zurückkommen, eine allgemeine Frage aber sei schon heute zur Erörterung gestellt. Die „Große Berliner“ wird wieder bis in den Herbst hinein dauern und erst nach Eintritt der kalten Jahreszeit, wenn der Aufenthalt in den ungeheizten Räumen eine Tortur ist, wird das Gebände anderen Zwecken, wie der Jurafreien Kunstschau usw., zur Verfügung stehen. Läge es nicht im Interesse der Künstler wie des Publikums, daß man die Dauer dieser Sommerausstellung in Zukunft verkürzt? Zwei Monate dürften genügen, und wenn der Eröffnungstermin früher, etwa auf Anfang April, angelegt wird, dann könnte das Landesausstellungsgebäude während der guten Jahreszeit noch mindestens zwei anderen Veranstaltungen Raum gewähren. In jedem Sommer könnte z. B. außer der Großen und der Jurafreien, die hoffentlich nicht mehr verschwinden wird, eine Ausstellung für angewandte Kunst stattfinden. Ich denke

dabei nicht an prunkvolles Kunstgewerbe, sondern an die moderne, volkstümliche Möbel- und Hausratindustrie, die Textildruckerei, das graphische Gewerbe und Ähnliches. Auf diesen Gebieten ist heute auch in Deutschland vieles Neues und Zukunftsvorhelfende im Werden, von dem das große Publikum keine Ahnung hat. Zur Hebung der allgemeinen ästhetischen Kultur aber würden solche und ähnliche Veranstaltungen gewiß mindestens ebensoviel beitragen wie die Ausstellungen von Werken der „Hohen Kunst“.

Die neuen Briefmarken. Endlich sind sie da, die schon lange verheißenen neuen deutschen Briefmarken. Nach einer hat es vielleicht schon vergessen, daß der Reichspostminister Giesberts bereits Ende des Jahres 1919 einen Wettbewerb zur Erlangung von künstlerisch einwandfreien Postwertzeichen ausgeschrieben, dessen Ergebnis zwar keine überragenden Leistungen auswies, aber doch einen recht erfreulichen Fortschritt darstellte. Seit dem Spruche der Preisrichter bis heute ist mehr als ein Jahr vergangen. Diese Zeit wäre bei dem gegenwärtigen Stande der Wertpapiertechnik reichlich lange, wenn die Verzögerung an der Druckausführung und nicht an anderen Ursachen gelegen hätte. Die Behinderung lag einzig und allein in den sich überstürzenden Vorkorrekturen mit ungezählten Wert- und Farbveränderungen. Erst nachdem der Weltkongreß in Madrid Ende des Jahres 1920 endgültig Farben- und Valuta-Gegenwerte für den Auslandsvorteil festgelegt und der Reichstag im März d. J. einer erneuten „Vortoregelung“ seine Zustimmung erteilt hatte, konnte endlich an die Herstellung der neuen Freimarken gedacht werden.

In den wenigen dazwischenliegenden Wochen sind nun die ersten drei Werte zu 5, 10 und 30 Pfg. entstanden, die weiteren sollen Zug um Zug folgen. Gleich der Germania-Marke werden auch die vorliegenden neuen Freimarken in Buchdruck auf weißem, mit dem bisherigen Wasserzeichen versehenen Papier in Bogen zu je 100 Stück hergestellt.

Das Bild zeigt die große Wertziffer in wünschenswerter Klarheit, und am Kopfe die Inschrift „Deutsches Reich“. Zur möglichst sicheren Sicherung gegen unbedachte Nachahmung ist der Hintergrund mit weißen Linien ornamentiert und beiderseitig begrenzt von einem kräftig wirkenden Farbstreifen. Alle Stempel wurden nach den mit einem ersten Preise ausgezeichneten Entwürfen für Ziffermarken von Willi Geiger in München von der Reichsdruckerei in Stahl geschnitten. Die durchweg kräftigen und leuchtenden Farben sind rötlich für den 5-Pfennig, grünlich für den 10-Pfennig, und grün für den 30-Pfennig-Wert; die nächsten zur Ausgabe gelangenden Werte von 15, 25, 40 und 50 Pfg. sind grünblau, rotbraun, dunkelorange und lilä. Im großen und ganzen ist der Eindruck der Marken ein sehr guter und übertrifft die Germania-Marke in jeder Hinsicht.

Der jetzt ausgegebene Teil der neuen Marken kann neben den Germania-Marken verwendet werden, jedoch sind die Postanstalten angewiesen, sich den vorherigen Auftragsbeständen der Marke der Germania-Ausgabe besonders angelegen sein zu lassen. Aus diesem Grunde werden in Berlin die neuen Marken zunächst nur in beschränktem Mengen durch das Postamt Berlin C 2 abgegeben, an das jeder Liebhaber sich wenden mag.

kommt doch sehr darauf an. Wenn natürlich ein Teil der Sozialisten, wie jetzt die USPD, sich von vornherein ausschließt, so werden die Sozialisten in der Regierung nicht die Stärkeren sein. Im übrigen könnten wir das Zentralkomitee der USPD auf Ausführungen von Karl Kautsky in einem jüngst geschriebenen Vortrage zu einer älteren Broschüre verweisen, worin Kautsky ausdrücklich betont, seinen vor dem Kriege eingenommenen Standpunkt, daß Sozialisten in eine bürgerliche Regierung nicht gehen dürften, nicht mehr aufrecht erhalten zu können, weil es sich vor dem Kriege immer nur um einen isolierten sozialistischen Minister in einem rein bürgerlichen Kabinett gehandelt hat, während heutzutage die Sozialisten als wirkliche Macht ins Kabinett eintreten.

Trotz aller Vorbehalte geht aber die USPD nicht auf den Sturz der jetzigen Koalitionsregierung aus, sondern sucht sie offenbar zu halten. Denn der Aufruf sagt:

Frankreich liegt auf der Lauer, um beim ersten Stocken in der Erfüllung der Verpflichtungen seine Soldaten marschieren zu lassen. Im Osten ist die Kriegsgefahr nicht minder drohend.

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Führung übernommen, um die Koalitionsregierung zu stürzen.

Diesem Treiben darf das Proletariat nicht tatenlos zuschauen.

Die Kundgebung richtet dann weiter eine Reihe von Forderungen an die neue Regierung. Sie verlangt:

1. Direkte und weitgehende Heranziehung der Gewinne der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes für die finanziellen Leistungen an die Ententemächte.
2. Restlose Durchführung der Entwaffnung, Aburteilung der Kriegsverbrecher.
3. Mannschafteinsatz für alle nach dem Friedensvertrag zu erfüllenden bewaffneten Formationen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bestellung politisch zuverlässiger Führer.
4. Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.
5. Erlass einer Amnestie für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen verübt worden sind. Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Gebietsteilen Deutschlands. Beseitigung der Sondergerichte.
6. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues, der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien.
7. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Vereinfachung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung von Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
8. Sicherung der Lebensmittelversorgung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
9. Umfassende soziale Fürsorge, insbesondere für Arbeitslose, Witwen, Waisen, Rentner und Kriegsbeschädigte. Beschaffung von Arbeit, besonders durch Herstellung von Wohnungen. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterstellungen an die Kosten der Lebenshaltung. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
10. Vergeellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

Als Sozialdemokraten können wir uns mit dem Hauptteil dieser Forderungen durchaus einverstanden erklären. Kleine Abweichungen in einzelnen Punkten würden nichts daran ändern, daß das Gesamtbild der hier verlangten Politik unseren eigenen Wünschen entspricht. Ob sich diese Forderungen aber sämtlich in einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien, der sich obendrein die Unabhängigen ausgeschlossen haben, werden ver-

Wie groß muß ein Nachgeschirre sein? Rämlich für einen belgischen Hauptmann. Diese Doktorfrage hat im belgischen Gebiet eine erhebliche Rolle gespielt. Ein amtlicher Briefwechsel, der darüber gepflogen wurde, sagt alles nötige. Das Hauptstück lautet nach dem „Frankfurter Alltagsblatt“:

Der Bürgermeister. Dormagen, den 12. April 1921.

An das Reichsvermögensamt Crefeld.

Am 19. v. M. wurden von dortigen Amt mit Waggonladung Kattowich Nr. 17 729 12 Kohlenstöße, 13 Feuerisen usw. für das Barackenlager und ein Nachgeschirre für den Kapitän Alpeßsch geliefert. Das Nachgeschirre, das 1 1/2 Liter faßt, war für den Kapitän zu klein. Der Kapitän beschwerte sich, und ich hatte mich bei meiner verantwortlichen Vernehmung vor einem Offizier der Sureté Militaire u. a. auch über die Wichtigkeit eines belgischen Offiziers, begangen durch die Lieferung eines zu kleinen Nachgeschirres, zu äußern. Von einer Strafverfolgung wurde Abstand genommen, da ich die Lieferung eines größeren, den Bedürfnissen des Offiziers entsprechenden, zusagte. Es wurde infolgedessen ein Nachgeschirre, das 2 1/2 Liter faßt, beschafft; dies genügt. Es dürfte zweckmäßig sein, von dem dem belgischen Offizieren gebührenden Maß der Nachgeschirre Kenntnis zu nehmen, um zu vermeiden, daß durch zu kleine Gefäße dieser Art Anstoß erregt wird.

Gefastet hat das unentbehrliche Möbel nur 11,25 M., was hoffentlich keine neue Mißachtung des Kapitäns bedeutet. Vielleicht hätte man doch lieber eins mit hübschen Blumenmustern oder auch (Kapitäns-)Goldstreifen nehmen sollen. Vielleicht ist der Herr auch musikalisch und hätte lieber eins mit einer Spieluhr genommen. Man soll auch in solchen Kleinigkeiten lastvolles Entgegenkommen zeigen; schließlich ist es selbst für einen belgischen Kapitän keine Kleinigkeit, die Beweise seiner vielstirigen Trinkfestigkeit in einer Urne von 1 1/2 Liter zu sammeln. — Uebrigens hat Kabeßsch einen ähnlichen Fall durchaus ernst und sachlich in einem Brief an den meisten Ausgaben des Germania fehlenden Kapitel über die „Entdeckung der Nachschirre“ (als Anhang zur „Transzendenz der Hofenläge“) behandelt.

Ortsausführungen der Woche. Dienstag. Schiller-Theater: „Die vierliebende Frau“. Kommodienhaus: „Der blonde Engel“. Mittwoch. Trianon-Theater: „Am Teufel“. So. Staatstheater: „Luzifer“. Sonntag. Königl. Theater: „Solans Rache“. „Mit dem Feuer spielen“.

Wien. Porträts. Abends: „Der Herr“. Nachmittags wird am Sonntag, Montag, Dienstag, in den Bergen Tirols. Mittwoch, Donnerstag, von der Zugspitze zum Bahmann zu kleinen Preisen wiederholt.

Eröffnung der Deutschen Kunstausstellung. In Stuttgart wurde heute vormittag im Kunstgebäude die von der Allgem. Deutschen Kunstgenossenschaft veranstaltete Deutsche Kunstausstellung eröffnet. Der württembergische Staatspräsident Dr. Dierker sagte in seiner Begrüßungsrede u. a.: „Je mehr die Rot anderer Völker, die Rot unseres Staates und niederbrückt, um so deutlicher sollen wir alle die geistigen Werte haben, welche kein Feind und kein Krieg, keine Niederlage und kein Friedensabkühl übermächtiger Sieger und rauer oder stürzen können.“

wirklichen lassen, ist eine andere Frage. Wir haben am Tage der Regierungsbildung erklärt, daß die Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten ist, um die Katastrophe des feindlichen Einmarsches von Deutschland abzuwehren, und daß gegenüber diesem Hauptgesichtspunkt alle anderen Bedenken zurücktreten müssen. Wir haben damals klar ausgesprochen, daß wir große positive Reformen im Innern von der neuen Regierung, in der das bürgerliche Element stark überwiegt, leider nicht erwarten können. Aber solange diese Regierung ihren Hauptzweck erfüllt, Deutschland vor dem äußersten Unglück zu bewahren, in das die vereinte Wahnsinnspolitik der deutschen und französischen Nationalisten unser Volk zu stürzen droht, so lange müssen wir hierbei mithelfen, mag auch mancher andere berechtigte Wunsch nicht in Erfüllung gehen, und die Unabhängigen sollten ebenso handeln.

Der gekränkte Knüppel-Kunze.

Ein Patriot im Kriege.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am heutigen Vormittag die erste Verhandlung in dem Beleidigungsprozeß statt, den der Herausgeber der „Deutschen Wochenschrift“, Richard Kunze, gegen den politischen Schriftleiter des „Berliner Tageblatts“, Erich Dombrowski, angestrengt hatte.

In Nr. 245 des „Berliner Tageblatts“ vom 27. Mai v. J. erschien unter der Überschrift: „Der Held von Gardelagen“, ein Artikel, der sich mit der Tätigkeit des Klägers während des Krieges beschäftigte. Kunze fühlte sich durch die in dem betreffenden Artikel gestellten Fragen beleidigt, und zwar in folgenden Punkten: Der Artikel behauptete, daß Kunze trotz seiner patriotischen Gesinnung nicht an der Front, sondern im Gefangenenlager Gardelagen als Dolmetscher und als Kriegspionagedreher beschäftigt war. Anstatt in einem Unterquartier habe er in einer Villa gelebt. Kunze habe auch nicht, wie die anderen Soldaten, sein Essen aus der Feldküche bezogen, sei vielmehr Selbstverfänger gewesen und habe einen von ihm gepackten Koffer durch russische Kriegsgefangene befüllen lassen. Weiter wurde ausgeführt, daß der Kläger in Gardelagen in einem solchen Umfang „gehauert“ habe, daß sogar der Vorkommandant Oberst Gruener ihm mit Einpferren drohte. Schließlich legte der Artikel Herrn Kunze zur Last, daß er zusammen mit Möbeln ein Engroswarenlager nach Berlin zu bringen versucht habe, daß jedoch eine Beschlagnahme seitens der Gemeindebehörden erfolgte.

In der heutigen Verhandlung erklärte der Privatkläger, daß er sich vor allem durch den Vorwurf der „Drückerbegeer“ getroffen fühle, den man aus der Behauptung des Artikels, er habe in Gardelagen für das Vaterland „geblutet“, folgern müsse. Er sei nicht Kriegsverwandlungsfähig gewesen und habe auch deshalb nicht ins Feld gehen können. (Es gab aber auch Leute, die trotz schwerer Leiden sich freiwillig an die Front gemeldet haben und auch ohne weiteres genommen wurden! Red. d. B.) Als Zeugen hierüber sollen Generalarzt Röttger-Gardelagen und Dr. Krüger-Friedenau gehört werden. Weiter wandte sich der Kläger gegen den Vorwurf, er habe in Gardelagen „engros gehauert“. Zu diesem Punkt der Beweisaufnahme sollen Generalmajor Gruener-Halberstadt und Kriminalwachmeister Post gehört werden, der mit fünf anderen Beamten den Wagen untersucht habe, in denen sich außer Möbeln auch Lebensmittel befunden haben sollen. Von dem Beklagten, Schriftleiter Dombrowski, wurde die Lobung der Zeugen Ingenieur Behrends und Albert Klein, des Bürgermeisters Söhle, des Maurers Hirsemann, sowie anderer Zeugen aus Gardelagen beantragt. Das Gericht gab den Beweisanträgen statt und vertagte darauf die Verhandlung.

Ein verstorbener Kappist.

In Breslau ist der frühere Landtagsabgeordnete v. Kessel, der sich von Kapp zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ernennen ließ, an den Folgen einer Operation gestorben. Obwohl die Preussische Landesversammlung seine Immunität aufhob, wurde er dennoch vom Reichsgericht auf Grund des Unbestehens eines außer Verfolgung gesetzten, da er „nur“ den Oberpräsidenten münzte und außerdem kein Arbeiter war, während „Führer“ bekanntlich nur Arbeiter sein können. In seiner Bahre bescheinigt ihm nun die „Deutsche Zeitung“ seine Führerqualitäten. Aber sie schreibt außerdem:

Das von vornherein zu n. Niffingen verurteilte Unternehmen konnte er nicht retten. Aber wenn Schlesien sich länger hielt als die anderen Provinzen und wenn dort auch nach seinem Rücktritt ernste Unruhen ausbrachen, war das ihm zu danken.

Damit wird nun in einem deutschnationalen Blatt ausdrücklich die Unterstützung des Kappunternehmens als dankenswerter Tat bezeichnet. Noch jüngst behaupteten die Deutschnationalen im Landtag wieder einmal, daß sie dem Kapp-Putsch ferngestanden hätten. Hier sieht man ganz deutlich ihre wirkliche Gesinnung.

Echt bayerische Politik.

Der schon öfter von uns zitierte „Niesbacher Anzeiger“, den u. a. Ludwig Thoma zur Ablagerung seiner radaupolitischen Schläubchen benutzt, schreibt in seiner Nummer vom 13. Mai zur Entwaffnungsfrage:

Die Franzosen sollen kommen mit ihren schmachteladenen Berliner Handlangern und uns die Waffen nehmen. Präger können sie haben, aber keine Schießpräger.

Man könnte achselzuckend daran vorbeigehen, wenn nicht der „Niesbacher Anzeiger“ amtliches Organ der Regierung Kahr wäre. Die Regierung Kahr ist bis jetzt kein einziges Mal von der Sprache und Tonart ihres Amisblattes abgerückt, sie denkt auch nicht daran, ihm den amtlichen Charakter zu entziehen. Daher ist diese Sprache als die offizielle Sprache der Regierung Kahr zu betrachten.

Ein Interview mit Dr. Wirth.

Paris, 14. Mai. (E.) Der Berliner Korrespondent des „New York Herald“ hatte eine Unterredung mit dem deutschen Reichsminister Dr. Wirth, der ihm erklärte, daß die Zahlungen Deutschlands mit der Lösung der oberschlesischen Frage im engsten Zusammenhang stünden. Die Zahlungen seien nicht nur ein materielles, sondern auch ein psychologisches Problem. Wenn die deutsche Regierung die Unterstützung der Großindustrie erlangen solle, um die Zahlungen durchzuführen, dann müsse zunächst eine Atmosphäre der Ruhe geschaffen werden.

Der „New York Herald“ fügt dieser Unterredung folgende Anmerkung hinzu: Als der Inhalt dieses Interviews gestern in Pariser politischen Kreisen bekannt wurde, erklärte man, daß dadurch wieder ein neuer Beweis dafür erbracht sei, daß Deutschland das Maximum an angenommen habe, um Zeit zu gewinnen und um die Sympathien der Neutralen und Alliierten zu erlangen, damit der größte Teil Oberschlesiens Deutschland zugesprochen werde, aber die französische Regierung sei nicht gewillt, den deutschen Sprüchen Rechnung zu tragen. Sie erklärte, daß die deutsche Majorität in den Städten Oberschlesiens nichts auf sich habe, sie könne nicht als Angelegenheit für das betrachtet werden, sondern als Teil eines großen Ganzen, das aber zugunsten Polens abgestimmt habe.

Ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

London, 14. Mai. (W.Z.) Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien im Unterhause nennt „Daily Express“ ehrlich und staatsmännisch. Die Polen hätten sich der größten Un dankbarkeit gegen die Alliierten schuldig gemacht und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen, für das sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Polen müsse ein für allemal darüber belehrt werden, daß es als Unruhestifter in Europa keine Zukunft habe.

„Daily News“ schreibt: Es bestanden mögliche Beweise für die vorläufige Weigerung der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten in einem Augenblick, wo das noch hätte geschehen können. In einem Pariser Blatt siehe sogar, daß die französische Regierung beschlossen haben, den Industriebezirk Oberschlesiens Polen zuzuwenden; es heiße dort: wenn die anderen Alliierten diesen „Beschluß“ nicht annähmen, würden Briand und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rates nicht teilnehmen. — „Daily News“ fügt hinzu, es bestehe Grund, sich lieber eines Kommentars zu enthalten, als die Lage ausführlich zu erörtern.

Groß-Berlin

Wallfahrten nach Sanssouci.

Die Jugend soll hinaus ins Freie, lebendiger Anschauungsunterricht soll ihr zuteil werden, und das weiche Kindergemüt soll Eindrücke empfangen, die fürs ganze Leben haften.

Schwärende, lachende und singende Jugend füllt darum auch die Jäger der Wannseebahn, und sie freut sich auf die Wanderung in Potsdams naturreicher Umgebung. Die Augen leuchten! Der verantwortungslose Behrer, dessen Horizont durch die seminaristische Erziehung des alten Systems eng geblieben ist, erzählt vom Alten Fritz und von Sanssouci. „Und mitten im Park steht dort der Antike Tempel, in dem unsere Kaiserin verlassen von aller Welt ruht“, sagt er. Die Kinder werden ernst, Mitleid wächst empor und in ihnen wird der Wunsch lebendig, gerade diesen Tempel zu sehen. Vielleicht suchen sie zuvor noch Blumen, um ihn zu schmücken.

In einigen höheren Schulen wurden offizielle Sammlungen zur Beschaffung von Kränzen für das Grab der früheren Kaiserin veranstaltet, und als es eines Tages regnete, schickte die Lehrerin die Klasse bis auf die Kranzträgerinnen heim, mit denen sie dann die Wanderung zu dem Grabe der toten Fran von Sanssouci antrat.

Da, die Republik ist außerordentlich tolerant! Was wäre wohl geschehen, wenn zu Wilhelm des Letzten Zeiten Schulführer unter der Leitung ihrer Lehrer hinausgegangen wären nach dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain, um das Andenken dieser Toten zu ehren, die für eine bessere Zukunft ihr Leben geopfert hatten? Diesen Lehrern wäre zweifellos die ständige Reize zur Erziehung der Kinder abgesprochen worden, und man hätte sie mit Schimpf und Schande davongelagt.

Ein jeder möge seiner politischen Überzeugung treu sein. Lehrer aber haben, wie die Wissenschaft, die sie vertreten sollen, objektiv zu sein. Sie sollten nach dem Ausdruck eines großen Sozialisten handeln, der erklärte: „Wenn die Sozialdemokraten eigene Schulen einrichten, werden sozialistische Lehrer das Wort Sozialismus vor ihren Kindern nicht erwähnen, sondern sie vielmehr zu jener Geistesfreiheit erziehen, die sie befähigt, sich ihre eigenen Anschauungen zu bilden.“

Groß-Berliner Wohnungsnotrecht.

Der Magistrat veröffentlicht eine neugeschaffte Verordnung über den Schutz der Mieter und über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Sie gilt für das ganze Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin und tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig werden alle in den bisher selbständigen Groß-Berliner Gemeinden ergangenen diesbezüglichen Verordnungen sowie die des Wohnungsverbandes außer Kraft gesetzt. Hervorgehoben sei, daß Klagen auf Wohnungsräumung sowie Vollstreckungen von Räumungsurteilen, einstweiligen Verfügungen und Vergleichen über Wohnungen nur mit Zustimmung der Mietvereinsämter möglich sind. Verbieten sind jetzt öffentliche Offerten der Vermietung oder des Tausches von Wohnungen (auch von möblierten) ohne Erlaubnis des Wohnungsamtes, ebenso Mietung leerer oder möblierter Wohnungen zum Zwecke gewerbmäßigen Weitervermietens. Es war längst eine dringende Notwendigkeit, den durch Zeitungsinferte betriebenen Wohnungsschiebungen ein Ende zu machen.

Opfer einer Spiritusexplosion.

In dem Fabrikgebäude, das sich auf dem Hofe des Hauses Weinmeisterstr. 2a befindet, explodierten heute früh 6 Uhr mehrere Spiritusbehälter. Durch die Gewalt der Explosion war eine Decke eingestürzt und hatte vier Menschen unter sich begraben, die von der herbeigerufenen Feuerwehr nur mit großer Mühe geborgen werden konnten. Einer von ihnen war sofort tot. Der Student Gottschalk aus Lodz ist im Hedwigskrankenhaus gestorben, während der Schuhmacher Moritz Klopff aus der Rosenthaler Str. 23 und ein 27 Jahre alter Gottlieb Alfred so schwere Verletzungen erhalten haben, daß ebenfalls mit ihrem Tode gerechnet wird.

Folgen eines Zechgelages.

Kein Raubmord in der Frankfurter Straße.

Die Annahme, daß es sich bei der Ermordung des Cafetiers Belli in der Frankfurter Straße um einen planmäßigen Raubanschlag handelt, kann nach den Feststellungen der Kriminalpolizei nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Zeugenaussagen haben ergeben, daß Belli sowohl wie seine Braut und die ihn begleitenden Freunde, zwei polnische Schieber, im Café tüchtig gezecht und auf der Straße die Vorübergehenden grundlos angerepelt hatten. Er stürzte sich einer der Begleiter, der eine Schnapsflasche in der Hand hatte, auf einen Wursthändler und versuchte dessen Wurstkegel umzuwerfen. Er fiel dabei selbst hin und die Flasche ging in Scherben. Darüber wurde er außerordentlich erregt und lärmte noch toller. Der andere Pölschlag mit einem Handkoffer, den er bei sich trug, auf einen Droschkentreiber ein, was diesen natürlich zur Abwehr veranlaßte. Eine größere Menschenmenge, die sich alsbald angesammelt hatte, nahm für die Angefallenen, die auf die Beiruntenen einschlugen, Partei. Während die beiden Pölschläger verschwand, setzte sich Belli mit einem Messer zur Wehr und wurde, als er davonlaufen wollte, von seinen Gegnern ebenfalls mit dem Messer bearbeitet. Es liegt also nach diesen Vorgängen ein geplanter Raubmord nicht vor. Es ist auch sehr fraglich, ob Belli wirklich die große Summe bei sich gehabt hat, wie seine Braut behauptete. Der Kriminalpolizei ist es im Laufe des gestrigen Tages gelungen, sechs Teilnehmer an der Schlägerei zu ermitteln und festzunehmen. Wer von ihnen den Pölschlag tat, ist jedoch noch nicht festzustellen gewesen. Alle bestreiten entschieden, die Briefstöße mit dem Geld geraubt zu haben.

Kein Pfingstsonderverkehr in Berlin.

Der Reichskohlenkommissar hat sich zu einer für den Berliner Verkehr während der Pfingstfeiertage sehr einschneidenden Maßnahme veranlaßt gesehen. Nachdem durch die bekannten Vor-

gänge in Oberschlesien die Zufuhr von Steinkohle aus diesem Gebiet völlig ins Stocken geraten ist und infolge des Defekts werdens eines Transformators der Golpa-Werke bis auf weiteres nur etwa die Hälfte der regelmäßigen Strommenge von Golpa nach Berlin gebracht werden kann, hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung sich veranlaßt gesehen, den Verkehr mit Sonderzügen aus Anlaß des Pfingstfestes oder sportlicher Veranstaltungen jeder Art auf der Hoch- und Untergrundbahn sowie im Betriebe der Berliner Straßenbahnen zu untersagen.

Pfingsten scheint das weitmachen zu wollen, was Ostern verdrängen sollte. Nach den Meldungen der Wetterwarten ist damit zu rechnen, daß der herrliche Sonnenschein auch während der Festtage anhalten wird. So dürfen denn die Mädchen mit weißen Schuhen und bunten Kleidern hinausziehen ins Grüne und die Freibäder werden zahlreichen Besuch aufweisen. Nur schade, daß nach all der Erholung in der schönen Natur die Rückfahrt in überfüllten staubigen Eisenbahnzügen angetreten werden muß und die Aussicht auf den Aufenthalt in diesen „Bazillenzügen“ verleidet zweifellos manchem die schönste Pfingstwanderung. Die Jugend aber wird ihrem Latendrang zuliebe alles Ungemach auf sich nehmen und sich ihren Frohsinn nicht rauben lassen.

Kleingartenfiedlung auf dem Tempelhofer Feld.

Die städtische Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen hat in ihrer gestrigen Sitzung der Verteilung von 25 Millionen als Bauförderzuschüsse für 16 größere Siedlungsunternehmungen und für 200 Einzelantragsteller in Groß-Berlin zugestimmt. Damit hat die Siedlungsdeputation die ihr für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Mittel im wesentlichen erschöpft. Von größeren Darlehen und Zuschüssen sind hervorzuheben: 8 Millionen für die städtische Kleinhausfiedlung in der Jungfernhöhe mit 160 Wohnungen, 4,8 Millionen für Beamtenwohnungen nach besonderer Angabe des Oberpräsidenten, 917 000 M. für den Gemeinnützigen Bauverein Kriegerheim in Richterfelde, 860 000 M. für die städtischen Bauten am Südpark in Spandau, 568 200 M. für die Arbeiterheimstätten in Panitzsch und 576 000 M. für die Pantomer Heimstätten an der Galenusstraße. — Von besonderer Bedeutung ist der von der Deputation verabschiedete Entwurf einer städtischen Kleingartenkolonie auf dem östlichen Tempelhofer Feld, die in einer Größe von 58,2 Hektar zwischen den geplanten Neuföhler Sportplatz und der jetzigen Eisenbahnkolonie angelegt werden soll. Es kommen 1270 Kleingärten von 300 bis 600 Quadratmeter in Betracht. In der Mitte der Siedlung ist ein großer Weidplatz für Kleinvieh und an weiteren vier Stellen sind kleinere Spielplätze vorgesehen. Die ganze Siedlung wird von zwei Hauptwegen von Ost nach West durchzogen, die mit Obstbäumen bepflanzt werden sollen und hübsche Spazierwege bieten werden.

Ferner stimmte die Siedlungsdeputation den Haushaltsplänen für das städtische Zentral-Kleingartenamt und das Kleingartenamt der Bezirke 1 bis 6 zu und beschloß, entsprechend den Beschlüssen der städtischen Körperschaften, die Stelle des Generaldirektors für Städtebau, Siedlungs- und Wohnungswesen in mehreren Tageszeitungen und Fachblättern öffentlich auszusuchen.

Im Komödientheater ist die Aufführung des musikalischen Schwanks „Der blonde Engel“ technischer Schwierigkeiten halber auf Dienstag verschoben.

Gewisse Pfarrer vieler Ort im Pfingstmontag, den 16. Mai, eine religiöse Feiertage in der Trinitatiskirche Charlottenburg ab. Er wird sprechen über die Gemeinde des Geistes. Die Parteigenossen sind herzlich dazu eingeladen.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg des R.F.V. veranstaltet eine Fortsetzung der Herrn Prof. Dr. Herbert Heischberg: „Die weltgeschichtliche Entwicklung der republikanischen Staatsform von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.“ Es werden sechs Vorlesungen gehalten, und zwar am 23. und 30. Mai, am 6., 13., 20. und 27. Juni abends 7.30 bis 9 Uhr im Gefängnis des Köpenicker Gymnasiums in Berlin, Anhalterstr. 2. Für die Unkostenzahlung werden erbeten: für R.F.V.-Mitglieder für alle sechs Vorlesungen 3 M., für Nichtmitglieder für alle sechs Vorlesungen 6 M., für arbeitslose Kameraden kostenlos. Karten können durch die Ortsgruppenvorstände oder durch den Kameraden Klüßmann, Steglitz, Klumppstr. 15, bezogen werden.

Hollis Caprice. Das kleine Theater am Drantener Tor hat sich zu Pfingsten ein neues Programm zugelegt. Es sind die gemohntesten drei Einakter, die diesmal den hier beliebtesten Pianerinnen nicht ganz soviel Spielraum lassen. Nr. 1. „Das neue Bräulein“ geht noch die gewohnten Bahnen. „Der“, „Sohn“ und „Quasimodo“ bemühen sich mit mehr oder weniger Erfolg um demselben neuen Bräulein. Nr. 2. „Das weiße Blatt“ ist ein Fotostück des Direktors Strobl, das den Stil der Zeit nicht ungeschickt verfolgt und bei reichlicher Sätze aber doch keinen Wessal findet. Nr. 3. „Ein lediger Ehemann“ ist das, was man hier sucht: Charaktere mit einem tollen Witz und Geschicklichkeit, komischgeleitet, erschütternd auf die Lachmuskeln wirkender Gedruck. Die Vorstellung war sehr flott. Vor allem zu nennen: Marie Schneider-Koll, Ferdinand Gruneder, Georg Alexander.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Friedrichshagen, Montag früh gemeinsamer Vormittagsausflug. Treffpunkt 5 Uhr am Platz.

Theater der Woche.

Vom 15. Mai bis 22. Mai.

Volksbühne: 15., 17., 18., 20. u. 22. Der Bauer als Millionär. 16. Antigoné. 19. Das Völkchen. Die Komödie der Irrungen. 21. Wallenstein Tod. — Opernhaus: 15. Frau ohne Schatten. 16. Die Waise. 17. Cavalleria rusticana. 18. Josephs-Legende. 19. Eugen Onegin. 20. Die Waise. 21. Zouave. 22. Die Waise. 23. Die Waise. 24. Die Waise. — Schauspielhaus: 15., 16., 19., 22. Fiesco. 17. Sturm. 18. Coriolan. 20. Der Gyn. 21. Maria Magdalena. 22. Kronprinz. — Großes Schauspielhaus: Ein Sommertraum. — Deutsches Theater: Falsch und Verwirrt. — Kammertheater: Resonance. — Pfingst-Theater: 15., 17., 19., 21. u. 22. Rosenmontag. 18. Gopdenz. — Theater in der Königgräzer Straße: 15., 17., 18. u. 20. Hugo. 16. u. 19. Salome. 21. u. 22. Satans Raute. Mit dem Feuer spielen. — Deutsches Opernhaus: 15. u. 20. Tosca. 16. Tannhäuser. 17. Die Waise. 18. Der Knecht Rupprecht. 19. Der Knecht Rupprecht. 21. Der Knecht Rupprecht. 22. Zouave. — Schiller-Theater: 15., 16., 18. u. 20. 100 000 Kaiser. 17., 19., 21. u. 22. Die verheiratete Braut. — Neues Volks-Theater: 15., 16., 21. u. 22. Hofe Bernd. 17. u. 18. Nora. 19. Jugendfreunde. 20. Jugendfreunde.

Täglich. Die Trübsal: Der Teufel. — Deutsches Künstler-Theater: Die seltsame Gesellschaft. — Komödientheater: Der blonde Engel. — Berliner Theater: Das Völkchen-Souper. — Kleines Schauspielhaus: Reigen. — Trianon-Theater: 15. 18. Am Teufel. — Residenz-Theater: Das Völkchen. — Zentral-Theater: 15. 18. Am Teufel. — Theater in der Kommandantenstraße: Die goldene Freiheit. — Friedrich-Wilhelm-Theater: Die Kleine aus der Pöl. — Komische Oper: Alt-Heidelberg. — Schauspielhaus: Die spanische Flöte. — Metropol-Theater: Die blaue Bluse. — Neues Operetten-Theater: American Girl. — Thalia-Theater: Rosencranz. — Theater am Halleschen Platz: Der Bettler aus Singapur. — Theater des Westens: Woggen wieder lustig! — Kleines Theater: Nur ein Traum. — Kaiser-Theater: Der Traum vom Glück. — Volkstheater: Die Scheidungsreise. — Hof-Theater: So bis Schindlers nicht. — Kleines Theater: Pollock und Sohn. — Kleines Theater: Ritterfanz. — Am 22. Die Nacht der Liebe. — Volkstheater: 17., 18. u. 19. Die Kahlbald. 20. Tosca. 21. 22. Helles Caprice. Das neue Bräulein. Das weiße Blatt. Der ledige Ehemann. — Schloßpark-Theater: Die Flöte. — Admiralsplatz: 15., 16., 18., 19., 21. u. 22. Abrotobabes. 17. u. 20. Die roten Schuhe.

Samstagsvorstellungen. Volksbühne: 15. u. 16. Wallenstein Tod. 17. Das Völkchen. Die Komödie der Irrungen. — Schauspielhaus: 15. Frau ohne Schatten. 16. Die Waise. 17. Cavalleria rusticana. 18. Josephs-Legende. 19. Eugen Onegin. 20. Die Waise. 21. Zouave. 22. Die Waise. — Großes Schauspielhaus: 15., 16. u. 22. Ein Sommertraum. — Deutsches Theater: 15. u. 16. Falsch und Verwirrt. — Kammertheater: 15. u. 16. Frau ohne Schatten. — Theater in der Königgräzer Straße: 15. u. 16. Salome. 17. Hugo. — Deutsches Opernhaus: 15. u. 16. Tannhäuser. 17. Die Waise. 18. Der Knecht Rupprecht. 19. Der Knecht Rupprecht. 21. Der Knecht Rupprecht. 22. Zouave. — Schiller-Theater: 15., 16., 18. u. 20. 100 000 Kaiser. 17., 19., 21. u. 22. Die verheiratete Braut. — Neues Volks-Theater: 15., 16., 21. u. 22. Hofe Bernd. 17. u. 18. Nora. 19. Jugendfreunde. 20. Jugendfreunde.

